

Editorial

Die Diskussion um den richtigen Umgang mit öffentlichen Finanzen ist so aktuell wie nie zuvor. In einer Zeit, in der wir vor grossen Herausforderungen stehen und dringende Investitionen in die Zukunft benötigen, müssen wir uns entscheiden: Soll unser Geld in die Bewahrung der Vergangenheit fliessen oder in die Gestaltung einer modernen und zukunftsfähigen Gesellschaft?

Kein Geld für Nostalgie – Als Freie Demokraten vertreten wir die Überzeugung, dass öffentliche Mittel effizient eingesetzt werden müssen, um den Bedürfnissen und Anforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Natürlich ist es wichtig, die Geschichte und Traditionen zu respektieren, aber dies darf nicht auf Kosten dringender Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Innovation geschehen.



Nostalgie kann verlockend sein. Wir erinnern uns gerne an vergangene Zeiten, an das, was einmal war. Doch unsere Verantwortung liegt in der Gegenwart und der Zukunft. Wir müssen mit Weitblick und Entschlossenheit handeln, um die kommenden Generationen mit den besten Voraussetzungen auszustatten.

Unsere Politik basiert auf einem klaren Prinzip: Jeder investierte Steuerfranken muss einen echten Mehrwert schaffen. Das bedeutet, dass wir uns von überholten Konzepten und Ausgaben verabschieden müssen, die keinen nachhaltigen Nutzen bringen.

Darüber hinaus dürfen wir uns nicht selbst durch zu starke Regulierungen und Bürokratie beschneiden. Eine zu starre Regulierung kann Innovation und Wettbewerbsfähigkeit einschränken. Wir brauchen ein Umfeld, das Unternehmerteil und Kreativität fördert, um im globalen Wettbewerb erfolgreich zu sein.

Lasst uns gemeinsam dafür eintreten, dass öffentliche Gelder dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden: in die Bildung unserer Kinder, in die Schaffung von Arbeitsplätzen und in die Förderung von Innovation.

Gemeinsam eine Zukunft gestalten, die auf Fortschritt, Vernunft und einer ausgewogenen Regulierung basiert.

Dylan Porchet
Gemeinderat Düdingen

Nein zur Prämien-Entlastungs-Initiative

Statt teure «Pflasterlipolitik» braucht es endlich Reformen!

Worum geht es?

Die sogenannte Prämien-Entlastungs-Initiative der SP will, dass keine versicherte Person mehr als 10% ihres verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien der Grundversicherung aufwenden muss. Was darüber liegt, soll entsprechend von Bund und Kantonen durch Prämienverbilligungen gedeckt werden. Vom Bund wären dabei mindestens zwei Drittel der Kosten zu tragen, von den Kantonen der Rest. Die Prämienverbilligungen schlagen bereits heute mit 5,4 Milliarden Franken jährlich zu Buche, wobei mehr als die Hälfte des Betrags vom Bund bezahlt wird (BAG-Zahlen 2022). Mit der SP-Initiative kämen jährlich weitere 4,2 Milliarden Franken hinzu. Die Hauptlast hätte die sonst schon stark belastete Bundeskasse zu schultern (3,7 Mrd. CHF Bund/805 Millionen Kantone). Total beliefen sich die Prämienverbilligungen mit der SP-Initiative auf knapp 10 Milliarden Franken jährlich(!) Die Initiative wird vom Bundesrat und vom Parlament zur Ablehnung empfohlen. Vom Parlament wurde ein moderater Gegenvorschlag ausgearbeitet.

Position der FDP zur SP-Initiative

Die FDP lehnt die SP-Initiative entschieden ab. Die Initiative löst keine Probleme in der Gesundheitspolitik. Was es braucht, sind griffige Reformen und nicht noch mehr Subventionen und Umverteilung. Nein zu «Pflasterlipolitik»: Nach 12 Jahren sozialdemokratisch geprägter Gesundheitspolitik unter SP-Bundesrat Alain Berset, braucht es dringend Lösungen, um den stetig steigenden Krankenkassenprämien entgegenzuwirken. Die SP-Initiative trägt jedoch nicht im Geringsten dazu bei, dieses Problem an der Wurzel zu packen. Der ideologisch geprägte Vorschlag, der sich darauf beschränkt, die strukturelle Probleme ausschliesslich mit horrenden Summen an öffentlichen Geldern zu tilgen ist somit weder nachhaltig noch sinnvoll. Die FDP lehnt «Pflasterlipolitik» ab und setzt sich für strukturelle und nachhaltige Reformen ein. Nein zu höheren Steuern oder Schulden: Die SP-Initiative würde zu jährlich wiederkehrenden Mehrausgaben von 4,5 Milliarden Franken führen. Die Kosten entsprechen somit in etwa dem

jährlichen Armeebudget oder den doppelten Bundesausgaben für Direktzahlungen. Trotz angespannten Bundesfinanzen sieht die Initiative keinerlei Gegenfinanzierung vor. Ein Ja zu Initiative wäre somit ein Ja zu erheblichen Steuererhöhungen oder zu Schulden ad Infinitum. Die FDP steht zu gesunden Staatsfinanzen und sagt deshalb Nein zur Initiative.

Es ist der falsche Weg, die Krankenkassenprämien einfach immer mehr zu subventionieren, wie es die SP-Initiative will, und damit die Gesundheitskosten einfach auf anderem Weg an die ganze Bevölkerung zu überwälzen. Statt teure Symptombekämpfung braucht es Reformen.

Der Gegenvorschlag als moderate Alternative

Mit dem heutigen System der Prämienverbilligungen kennen wir ein zielführendes Instrument, um die untersten Einkommen bei den Krankenkassenprämien zu entlasten. Zu diesem System stehen wir als FDP. Prämienverbilligungen sind dabei primär Sache der Kantone. Dies aus gutem Grund, da die Gesundheitsversorgung kantonale organisiert ist und beispielsweise die kantonale Spitalplanung einen direkten Einfluss auf die Gesundheitskosten hat. Wie eine Analyse des Bundes gezeigt hat, sind Prämienverbilligungen in den Kantonen jedoch unterschiedlich ausgestaltet und die Beiträge wurden in den letzten Jahren nicht überall in gleichem Masse an die gestiegenen Gesundheitskosten angepasst. Diese Unterschiede werden mit dem vorliegenden, indirekten Gegenvorschlag zur SP-Initiative korrigiert. Die FDP unterstützt den vom Parlament verabschiedeten Gegenvorschlag. Dieser sieht prozentuale Mindestsätze vor, mit denen die einkommenstiefsten Haushalte von den Krankenkassenprämien für die obligatorische Krankenversicherung entlastet werden sollen. Der Gegenvorschlag ist zielgenauer und setzt dort an, wo tatsächlich Handlungsbedarf besteht, im Gegensatz zur Initiative, die einfach Geld verteilt. Der verabschiedete Gegenvorschlag bringt für die Kantone Mehrkosten von etwa 356 Millionen Franken. Der ursprüngliche Vorschlag des Nationalrats verlangte über 2 Milliarden Franken, davon rund 800 Millionen Franken zu lasten der Kantone.

Es braucht dringend Reformen im Gesundheitswesen

Steigende Krankenkassenprämien sind das Ergebnis steigender Kosten im Gesundheitswesen, und bei diesem Kostenanstieg müssen wir ansetzen und nicht teure «Pflasterlipolitik» betreiben. Die FDP kämpft für grundsätzliche Reformen im Gesundheitswesen. Wir fordern:

- ◆ Eine einheitliche Finanzierung aller Leistungen, damit vermehrt kostengünstigere und vielfach auch angenehmere ambulante Behandlungen anstelle teurer stationärer Leistungen durchgeführt werden.
- ◆ Eine verbesserte Koordination zwischen den Leistungserbringern (Stichwort «integrierte Versorgung»), für mehr Effizienz im System und eine bessere Betreuung der Patienten.
- ◆ Die Einführung eines «Budget-Versicherungsmodell» für mehr Wahlfreiheit bei den Leistungen und deutlich tieferen Prämien.
- ◆ Die Lockerung des Vertragszwangs für ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen zu gerechtfertigten Kosten und somit zu bezahlbaren Prämien.
- ◆ Einen Digitalisierungsschub und ein elektronisches Patientendossier, das einen Mehrwert für alle Beteiligten generiert.
- ◆ Die konsequente Anwendung der WZW-Kriterien (Wirksamkeit-Zweckmässigkeit-Wirtschaftlichkeit), um unnötige Leistungen in der obligatorischen Grundversicherung zu vermeiden.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Editorial
- 1 Nein zur Prämien-Entlastungs-Initiative
- 2 Nein zur Kostenbremse-Initiativ
- 2 Ja zum Stromgesetz
- 3 Verfassungsinitiative «Für eine bürgernahe öffentliche Spitalnotaufnahme 24/7»
- 3 Abstimmungsparen der FDP Sense zu den Abstimmungen vom 9. Juni
- 4 Gründung der FDP Sektion Tafers
- 4 Verkehrsführung im Dorfkern Düdingen, das Volk soll entscheiden
- 4 Die FDP Sense unterstützt Einführung des Generalrates Schmitten

Nein zur Kostenbremse-Initiative der Mitte

Statt starre Mechanismen braucht es entschlossenes Handeln

Worum geht es?

Die ungebremst steigenden Gesundheitskosten und die jährlich steigenden Krankenkassenprämien bereiten Sorgen. Die Prämien werden zu einer immer grösseren Last, insbesondere für die Familienbudgets des Mittelstands, die nicht von Prämienverbilligungen profitieren. Mit der sogenannten Kostenbremse-Initiative will die Mitte-Partei das Kostenwachstum im Gesundheitswesen bremsen, in Anlehnung an die bewährte Schuldenbremse. Steigen die Krankenkassenprämien deutlicher als die Löhne, müssen Bundesrat und Kantone konkrete Massnahmen zur Prämiensenkung beschliessen. So sollen die Prämien bezahlbar bleiben. Die Massnahmen müssen sich dabei bereits auf das Folgejahr auswirken. Ausser die Mitte-Partei selbst ist niemand von deren Kostensenkungs-Initiative überzeugt. Von Bundesrat wie vom Parlament wird die Initiative klar zur Ablehnung empfohlen.

Konkrete Massnahmen statt starrer Mechanismen

Der Mitte-Initiative wird ein indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt. Dabei wurde der ursprünglich vom Departement Berset vorgelegte, planwirtschaftliche und zentralistische Vorschlag vom Parlament deutlich überarbeitet. Im Zentrum des Gegenvorschlags stehen neu die Einführung von Kosten- und Qua-

litätszielen. Der Bundesrat soll alle vier Jahre entsprechende Vorgaben für die obligatorischen Leistungen im KVG festlegen. Zusätzlich erhält der Bundesrat subsidiäre Kompetenzen bei den Tarifen für stationäre Behandlungen (i.e. mögliche Anpassungen der Tarifstruktur). Zudem müssen Leistungen, die erwiesenermassen nicht den WZW-Kriterien entsprechen (Kriterien (Wirksamkeit-Zweckmässigkeit-Wirtschaftlichkeit), nicht mehr von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) vergütet werden.

Vorhandenes Sparpotential im Gesundheitswesen realisieren

Wir wollen im Gesundheitswesen keine Plafonierung durch starre Zielvorgaben! Diese sind nichts anderes als Globalbudgets, die zu einem potenziellen Leistungsabbau führen können, ohne wirkliche Einsparungen zu bringen. Um das vorhandene Sparpotential im Gesundheitswesen voll auszuschöpfen, braucht es konkrete Massnahmen. Als FDP fordern wir:

- ◆ Eine einheitliche Finanzierung aller Leistungen, damit vermehrt kostengünstigere und vielfach auch angenehmere ambulante Behandlungen anstelle teurer stationärer Leistungen durchgeführt werden.
- ◆ Eine verbesserte Koordination zwischen den Leistungserbringern (Stichwort «integrierte Versorgung»), für mehr Effizienz im System und eine bessere Betreuung der Patienten.

- ◆ Die Einführung eines «Budget-Versicherungsmodell» für mehr Wahlfreiheit bei den Leistungen und deutlich tieferen Prämien.
- ◆ Die Lockerung des Vertragszwangs für ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen zu gerechtfertigten Kosten und somit zu bezahlbaren Prämien.
- ◆ Einen Digitalisierungsschub und ein funktionierendes elektronisches Patientendossier (EPD), das einen Mehrwert für alle Beteiligten generiert.
- ◆ Die konsequente Anwendung der WZW-Kriterien (Wirksamkeit-Zweckmässigkeit-Wirtschaftlichkeit), um unnötige Leistungen in der obligatorischen Grundversicherung zu vermeiden.

Die FDP erteilt eine klare Absage an eine weitere Umverteilung der Gesundheitskosten (Stichwort SP-Prämieninitiative) oder die Einführung eines Kopfprämiensystems wie von Links gefordert. Es braucht liberale Massnahmen zur Reform des Gesundheitswesens!

Argumente der FDP

Die FDP lehnt die Kostenbremse-Initiative der Mitte entschieden ab (wie bereits den ursprünglichen zentralistischen und planwirtschaftlichen Gegenvorschlag aus dem Departement Berset). Aus freisinniger Sicht sprechen insbesondere folgende staatspolitische, gesundheitspolitische und ordnungspolitische Gründe dagegen:

- ◆ Wir lehnen eine staatlich zentralisierte Steuerung des Gesundheitswesens ab. Die Gesundheitsversorgung liegt in der Kompetenz der Kantone. Mit den Kostenzielvorgaben pro Kanton (!) würde ein Bürokratiemonster geschaffen.
- ◆ Wir haben heute freien Zugang zu hochqualitativen medizinischen Leistungen. Es gibt kaum Wartezeiten. Der Vorschlag für finanzielle Zielvorgaben (nichts anderes als Globalbudgets!) führt zu einer potenziellen Deckelung von Leistungen und damit Leistungsabbau. Es drohen Rationierungen und Wartezeiten, wie wir sie vom NHS in England kennen.
- ◆ Die FDP steht zur Tarifpartnerschaft. Die Initiative hätten eine Erosion der Tarifautonomie zur Folge, mit unerwünschten Eingriffen in die Tarifvereinbarung der Tarifpartner.
- ◆ Was es braucht, ist vor allem mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen und nicht mehr zentralistische Planung und Steuerung. Effizienz und Zweckmässigkeit stehen im Vordergrund.

Die FDP stimmt dem vom Parlament überarbeiteten, indirekten Gegenvorschlag zu.

Zusammenfassung

Die FDP. Die Liberalen lehnt die Kostenbremse-Initiative der Mitte ab, weil ...

- ◆ ... der Bund sollte die Kosten des Gesundheitswesens nicht zentral steuern;
- ◆ ... die Deckelung der Leistungen zu einer Qualitätsminderung führen würde;
- ◆ ... es braucht mehr Wettbewerb und weniger Planung.

Ja zum Stromgesetz

Um was geht es?

- ◆ Das Stromgesetz ist eine wichtige Grundlage für die Energiezukunft der Schweiz. Hier werden die Weichen für die künftige Energiepolitik gestellt. Damit die Energiewende zu gelingt, muss Strom in ausreichender Menge und möglichst klimafreundlich bis klimaneutral produziert werden können. Dabei ist es wichtig, dass auch im Winter genügend Strom zur Verfügung steht, um Blackouts zu vermeiden.
- ◆ Zudem soll das Stromgesetz dazu beitragen, das Klimaziel Netto-Null bis 2050 zu erreichen. Der Stromverbrauch wird bis dahin massiv ansteigen (siehe Grafik), weil die Elektrifizierung voran-

schreitet und immer weniger fossile Brennstoffe eingesetzt werden. Um dies zu erreichen, haben die Eidgenössischen Räte mit grosser Mehrheit zahlreiche Massnahmen im Energiegesetz, im Stromversorgungsgesetz und im Raumplanungsgesetz beschlossen.

- ◆ Die Wasserkraft soll den grössten Anteil am Ausbau der einheimischen Energien haben. Dazu gehören erleichterte Verfahren für 16 Wasserkraftprojekte, über die ein breiter Konsens besteht.
- ◆ Zudem soll die Netz- und Versorgungssicherheit gestärkt werden, indem Planungssicherheit und Investitionsanreize geschaffen werden.

Warum unterstützt die FDP das Stromgesetz?

- ◆ Die FDP hat sich im Parlament dafür eingesetzt, dass das Stromversorgungsgesetz kein unrealistisches und ideologisches Programm enthält, sondern eine pragmatische Lösung ist, die unsere Versorgungssicherheit und unsere Lebensqualität gewährleistet.
- ◆ Das Ja zum Stromgesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir sind aber noch nicht über den Berg. Die FDP will keine Technologieverbote und setzt sich für den Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke und die Aufhebung des Neubauverbots ein. Diese Diskussion muss aber nach der Abstimmung über das Stromgesetz geführt werden.

- ◆ Das Gesetz ist umfangreich und enthält viele Kompromisse. So wurde bei den Ausbauzielen, der Abwägung zwischen Schutz und Nutzen, der Solarpflicht, den Restwassermengen, der Bildung von lokalen Stromgemeinschaften oder den Effizienzmassnahmen hart gerungen. Dabei mussten alle Seiten Kröten schlucken.
- ◆ Entscheidend wird die konkrete Umsetzung sein. Hier sind die Energieversorger, aber auch die Behörden gefordert, entsprechende Projekte zügig zu bearbeiten.

WSM
Walter Stähli
Felsenegg 6
3184 Wünnewil
026 496 48 40
Mechanik & Sicherheitstechnik
Kassen- / Feuerschutzschränke

heizen - kühlen - lüften - regeln - sanitär

RIEDO
CLIMA
www.riedoclima.ch

Wir haben was Sie suchen.

LEHMANN
Düdingen | www.lehmann.info

Kaderli AG
Gartenbau • Düdingen
☎ 026 493 15 44
 kaderli.ch

Crottet AG
3186 DÜDINGEN TEL. 026 492 90 90

Elektro-Installationen
Telekommunikation
Steuerungen/Schaltanlagen

Lichtplanung
Elektro-Fachgeschäft
Reparaturen / Service

Buchführung
Wirtschaftsprüfung
Unternehmensberatung

Steuerberatung
Datacenter

Duensstrasse 1 | Postfach 15 | CH-3186 Düdingen
info@axalta.ch | www.axalta.ch | Tel +41 26 505 11 11

Fasel
Düdingen
für VW zu Fasel

schaller wohnen
möbel vorhänge bodenbeläge teppiche polsterwerkstätte

*schaller wohnen ag, freiburgstrasse 2,
3175 flamatt, tel. 031 741 04 54, fax 031 741 04 78
e-mail: info@schaller-wohnen.ch
www.schaller-wohnen.ch*

Garant für gutes Wohnen

Verfassungsinitiative «Für eine bürgernahe öffentliche Spitalnotaufnahme 24 / 7»

Während den Turbulenzen in der Coronazeit mit den damit verbundenen Schliessungen der Notfallaufnahmen in verschiedenen Spitälern in unserem Kanton, hat eine Gruppe von Bürgern, vor allem aus dem französischsprachigen Teil, die Initiative zur Sicherung der Notfallaufnahmen 365 Tage/24 Stunden an drei Standorten in Kanton ergriffen. Diese grundsätzlich aner kennenswerte Absicht wurde im Ver laufe der letzten Jahre durch die über aus dynamische Entwicklung im Gesundheitswesen überholt. Das Er füllen der Ziele des Volkbegehrens ist aus finanzieller Sicht herausfordernd, seitens der Medizin gesehen ein Rück schritt und von den derzeitigen perso nellen Möglichkeiten her nicht zu stemmen.

Daher haben der Staatsrat in enger Zu sammenarbeit mit medizinischen Fachpersonen und dem Grossen Rat den Gegenvorschlag zur Initiative aus gearbeitet, der zeitgleich dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Die An nahme des Gegenentwurfs gewährleis tet die bestmögliche medizinische Ver sorgung der Bevölkerung in ausser ordentlichen Situationen. Folgende Eckpunkte dienen zu deren Erfüllung:

- ◆ Kostenlose einheitliche Gesund heitsnummer für nicht lebensbe drohliche Notfälle.
- ◆ Stärkung der Permanences in den Regionen. Die Permanence im Spi tals Tafers ist erfreulicherweise seit dem 1. Mai am Samstag wieder ge öffnet. Die zusätzliche Ausweitung

der Öffnungszeiten hängt vom ver fügbaren medizinischen Personal ab.

- ◆ Verstärkter Einbezug der Hausärzte.
- ◆ Bedarfsgerechte materielle und per sonelle Ausrüstung der Notfallzent rale 144.
- ◆ Unterstützung der Rettungskräfte (Ambulanzen), in den Randregionen durch erfahrene Rettungssanitä terinnen und Rettungssanitäter, ausgerüstet mit leichten Rettungs fahrzeugen. Verstärkter Einbezug der ehrenamtlichen First Responder und First Responder+.
- ◆ Ausgleich der Ambulanzkosten zwis chen Randregionen und Zentren.
- ◆ Verbesserung des Zugangs der deutschsprachigen Bevölkerung zur Gesundheitsversorgung in ihrer Muttersprache.

◆ Koordination der kantonalen Orga nisation durch die Direktion für Ge sundheit und Soziales.

Meine Empfehlung und auch meine Antworten in dieser Abstimmung:
Nein zur initiative «Für eine bürgernahe öffentliche Spitalnotaufnahme 24 / 7».

Ja zum Gegenvorschlag des Staatsrates und des Grossen Rates .

Stichfrag: Bei der Annahme beider Vor lagen ist dem Gegenvorschlag der Vor zug zu geben.

[Ich empfehle den Stimmzettel mit An kreuzen der obigen Empfehlung einzu fügen.](#)

Dekret zur Finanzhilfe des Staates für das Freiburger Spital

Schweizweit haben die Spitäler mit grossen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Davon ist das HFR nicht aus

geschlossen. Betrieb und Ausrichtung des Spitals führten in den letzten Jah ren immer wieder zu polemischen Dis

kussionen. Diese Situation hat sich merklich verbessert, heute habe ich in die Führung (Verwaltungsrat und Di rektion) volles Vertrauen. Um die nöti gen Investitionen für die Jahre 2024–2026 sicherzustellen, benötigt das Spi tal die Bürgschaft von 105 Millionen Franken. Diese kommen unter anderem auch den Gesundheitszentren in den Regionen (Tafers, Meyriez, Riaz) zugute.

Ergebnisse ermöglichen. Zwischen den Universitätsspitalern Bern und Laus anne braucht es ein Freiburger Spital welches über eine leistungsfähige und zeitgemässe Notaufnahme verfügt und innerhalb des Kantons die zahlenmä ssig beträchtlichen Eingriffe (Massen geschäft) zeitgemäss behandeln kann.

Ich stimme JA zur Finanzhilfe an das Freiburger Spital.

Unser Kantonsspital hat die sinnvolle Nutzungsdauer erreicht, ein betriebs wirtschaftlicher und optimaler Betrieb ist aufgrund der aktuellen baulichen Voraussetzungen nicht mehr möglich. Eine Projektstudie für ein neues Spital soll aufzeigen, wie am bestehenden Standort, unterlaufendem Betrieb, ein solch grosses Projekt realisiert werden kann. Die überwiegende Mehrheit des Grossen Rates unterstützt das Anliegen des Staatsrates, in diesem Zusam menhang dem HFR ein Darlehen im Umfang von 70 Mio. Franken zu gewähren.

Gemäss Bundesgesetzgebung muss je der Kanton ein Spital betreiben. Die bau lichen Voraussetzungen müssen für das Personal optimale Arbeitsbedingungen bieten und betriebswirtschaftlich gute



Andreas Freiburghaus
Grossrat, Syndic, Wünnewil-Flamatt

Abstimmungsparolen der FDP Sense zu den Abstimmungen vom 9. Juni

An der Delegiertenversammlung der FDP Sense vom Donnerstag, 2. Mai, wurden folgende Abstimmungsempfehlungen gefasst:

- ◆ Abstimmungsvorlagen auf Regionalebene:
[Die FDP Sense empfiehlt ein JA zur Einführung eines Generalrates in Schmitten und Tafers.](#)
- ◆ Abstimmungsvorlagen auf Kantonsebene:
Verfassungsinitiative «Für bürgernahe öffentliche Notfallstationen, die rund um die Uhr geöffnet sind» und seinen Gegenentwurf.
[Die FDP Sense empfiehlt die Ablehnung der Initiative und die Annahme des Gegenentwurfs.](#)
Dekret über eine Bürgschaft und ein Darlehen für das Freiburger Spital
[Die FDP Sense empfiehlt die Annahme des Dekrets.](#)
- ◆ Abstimmungsvorlagen auf Bundesebene:
Volksinitiative «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien».
[Die FDP Sense empfiehlt die Ablehnung der Initiative](#)
Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen».
[Die FDP Sense empfiehlt die Ablehnung der Initiative](#)
Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit».
[Die FDP Sense empfiehlt die Ablehnung dieser unnötigen Initiative.](#)
Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien.
[Die FDP Sense empfiehlt die Annahme des Gesetzes.](#)

Säumige Zahler?

HELVETICUM
Inkasso SA-AG

Rue de Romont 12 Tel 026 347 58 58
1701 Fribourg www.helveticum-inkasso.ch

Malerei Manuel Waeber GmbH

MALEREI
MANUEL WAEBER
SICHTBAR FARBIGER

3175 Flamatt | 031 741 24 70, 1712 Tafers | 026 494 24 70
www.malerei-waeber.ch

STERNHAUS DÜDINGEN AG

Architekturbüro + Generalunternehmung
Peterstrasse 2, 3186 Düringen
Tel. 026 492 90 00, Fax 026 492 90 01
E-Mail: arch.gu@sternhaus.ch www.sternhaus.ch

Ihr Partner für individuelles Planen und Wohnen

Betreten Sie
unsere Welt

www.bulliard.ch
immobilier@bulliard.ch

bulliard
IMMOBILIER

Grafik - Druck -
Beschriftung - Verpackung

sensia

www.sensia.info - Düringen

AEBI-KADERLI
GARTEN-CENTER

Aebi-Kaderli
Garten-Center AG
Stockera |
CH-3186 Düringen FR
Tel. 026 488 33 33
Fax 026 488 33 34
www.aebi-kaderli.ch

Seit 1965 der Ansprechpartner in der Region für:

- Kanalreinigung und -kontrolle
- Abfallverwertung
- Muldenservice
- WC-Kabinen

Depuis 1965, votre partenaire dans la région pour:

- Entretien et contrôle des canalisations
- Valorisation déchets
- Service multibennes
- Cabines WC

Weitere Informationen: [trans-auto](#) Plus d'informations: [trans-auto](#)

helvetia
Ihre Schweizer Versicherung



Pascal Kolly
Kundenberater
Agence principale Guin
T 058 280 85 33, M 079 764 42 57
pascal.kolly@helvetia.ch

Gründung der FDP Tifers

Mit der Fusion der Gemeinden Alterswil, St. Antoni und Tifers zur neuen Gemeinde Tifers, fanden am 8. November 2020 Gemeinderatswahlen statt. Leider ist es der FDP zu diesem Zeitpunkt nicht gelungen eine Kandidatenliste zu stellen. Dies möchte die FDP bei den nächsten Wahlen ändern.

Unter der Leitung von Ernst Leiser, ehemaliger Gemeinderat und Gemeindepräsident von St. Antoni, hat sich die FDP neu aufgestellt. Engagierte Personen aus den ehemaligen Sektionen Alterswil und St. Antoni haben sich in den letzten Monaten zusammengefunden und mit Unterstützung der Bezirkspartei die Basis für eine Sektion Tifers gelegt. An der Generalversammlung der FDP Sense vom 2. Mai 2024 konnte die Gründung der Sektion FDP Tifers verkündet werden. Ernst Leiser wird die Sektion präsidieren, ihm stehen mit Nathalie Aebi, Thomas Hänni und Fabrice Neuhaus drei weitere Personen zur Seite, die zusammen den Vorstand bilden.

Am Sonntag, 9. Juni 2024, wird in Tifers über die Einführung eines Generalrates abgestimmt. Die FDP Sense empfiehlt ein JA zur Einführung des Generalrates und dies für Tifers und Schmitten. Sollten sich die Bürgerinnen und Bürger für dessen Einführung entscheiden, wird die FDP Tifers daran teilnehmen und eine starke Liste präsentieren. Bei den gleichzeitig stattfindenden Gemeinderatswahlen strebt die FDP ebenfalls eine Liste an. Die Gründung einer FDP Tifers hat einen amtierenden Gemeinderat dazu bewogen, der FDP Tifers beizutreten. Somit wird die FDP ab sofort in der Exekutive vertreten sein.

Personen, die an der politischen Arbeit interessiert sind, können sich schon heute beim Sekretär der Sektion melden: haenni.tom@bluewin.ch Wir wollen eine Plattform für Jung und Alt, Weiblich und Männlich sowie für Menschen mit Migrationshintergrund sein. Einzige Voraussetzung: Die Bekenntnis zu liberalen und freiheitlichen Grundsätzen der FDP Schweiz.

Die FDP Sense unterstützt Einführung des Generalrates

Die FDP Sense unterstützt vorbehaltlos die Einführung des Generalrates in Schmitten und Tifers. Dieser Schritt markiert einen wichtigen Meilenstein für die Mitwirkung der Bevölkerung.

Die Entscheidung der FDP Sense, sich hinter dieses Vorhaben zu stellen, ist das Ergebnis sorgfältiger Überlegungen und intensiver Diskussionen innerhalb der Partei und der Schmittner Bevölkerung. Der Generalrat Schmitten verspricht einen wichtigen Beitrag zur breiteren Abstützung der Anliegen der Schmittnerinnen und Schmittner. Die FDP teilt die Befürchtungen des Gemeinderates nicht, dass durch die Abschaffung der Gemeindeversammlung das Miteinander leidet. Im Gegenteil: Jedes Mitglied des Generalrates bringt ein Beziehungsnetz mit, das er zum Wohle

der Schmittner Bevölkerung einsetzen wird. Zudem sind die Sitzungen des Generalrates öffentlich und schaffen auf diese Weise mehr Transparenz und fördern die Meinungsbildung im Verlauf der Diskussion eines Geschäftes.

Mit der Einführung des Generalrates Schmitten werden die Weichen für eine zielgerichtete und bürgernahe Politik gestellt. Dieser Rat ermöglicht es, die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse der Gemeindebewohner aufzugreifen und in Entscheidungen einzubeziehen. Dadurch können lokale Themen und Anliegen effektiv angegangen und passende Lösungen erarbeitet werden.

Der Generalrat Schmitten wird auch dazu beitragen, die Effizienz und Transparenz

der Verwaltung zu steigern. Durch klare Zuständigkeiten und eine strukturierte Arbeitsweise können Verwaltungsprozesse optimiert und bürokratische Hürden abgebaut werden.

Die FDP Sense ist überzeugt, dass der Generalrat Schmitten eine wichtige Institution für die Förderung von Demokratie und Mitbestimmung sein wird. Durch eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungsprozessen können die demokratischen Werte gestärkt und das Vertrauen in die politischen Organe gefestigt werden.

Die FDP Sense ruft daher auf, sich für die Einführung eines Generalrates in Schmitten stark zu machen, das Initiativkomitee zu unterstützen und am 9. Juni 2024 ein beherztes JA in die Urne zu legen.

*Ursula Guillebeau, Schmitten
ehemalige Präsidentin der FDP Sense*

Verkehrsführung im Dorfkern Düdingen – das Volk soll entscheiden

Jetzt oder nie, Bürger- Initiative unterzeichnen und Verantwortung für eine gute, zukunftsweisende Lösung übernehmen.

An stark befahrenen Strassen sind Personenunterführungen wichtige Elemente, die die Sicherheit und Mobilität von Fussgängern:innen und Radfahrern:innen gewährleisten. Mit der Initiative «Personenunterführung vom Bahnhofplatz zum Bahnhofzentrum» wurde am 17. Mai eine Unterschriftensammlung gestartet, die Stimmbürger von Düdingen haben die Gelegenheit Ihre Meinung zu äussern und für das Verkehrschaos im Dorfkern von Düdingen eine konstruktive, realistische und finanzierbare Verbesserung zu finden. Jeden Tag im Auto, auf dem Velo oder als Fussgänger die Faust im Hosensack zu machen bringt nichts, es ist höchste Zeit zu agieren und die Politik zum Umdenken zu zwingen.

Das grosse Verkehrsaufkommen im Dorf ist eine «never ending story». Seit Jahrzehnten wird von einer Umfahrungsstrasse diskutiert. Vor 20 Jahren wurden Varianten präsentiert und vor 10 Jahren weitere Diskussionen geführt, ohne, dass ein konkretes Projekt auf dem Tisch liegt, geschweige denn ein Zeitplan. In der Zwischenzeit wird im Bereich der vorgesehenen Linienführung intensiv gebaut. Parallel zur Planung der Umfahrungsstrasse von Düdingen sollte auch die Aufwertung der Dorfdurchfahrt von Düdingen «Valtraloc-Konzept» miteinbezogen werden.

Die Realisierung der Umfahrungsstrasse wird von Tag zu Tag unwahrscheinlicher und die Aufwertung der Dorfdurchfahrt ist heute ohne Umfahrungsstrasse in Planung. Höchste Zeit also eine Alternative zu präsentieren. Hierbei hat das Initiativkomitee nicht das Unmögliche gesucht, sondern das einzig Vernünftige. Konkret möchten wir eine Personenunterführung vom Bahnhofplatz zum Bahnhofzentrum realisieren und dadurch folgende Vorteile zur heutigen Verkehrsführung erreichen:

- ◆ Entflechtung von Fahrzeugverkehr und Langsamverkehr
- ◆ Sicherheit für Fussgänger, insbesondere für Kinder und Schüler
- ◆ Pünktlichkeit der Busse verbessern
- ◆ Erreichbarkeit des Bahnhofs und der Zugverbindungen erleichtern
- ◆ Durchlässigkeit des Pendlerverkehrs verbessern

Immer wieder wird in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürger diese Unterführung als Verbesserung genannt und gefordert, aber leider wollen die politischen Entscheidungsträger diese Lösung weder hören, noch umsetzen. Es bleibt daher nur der Weg über eine Initiative und Volksabstimmung die Politik zum Handeln zu zwingen. Dank der Initiative wissen wir ein für alle Mal was das Volk von Düdingen will. Dank der Initiative und der Abstimmung bekommen wir die Legitimation für eine Umsetzung der Personenunterführung.

Die Düdinger Stimmberechtigten haben es in der Hand, mit der Unterzeichnung der Initiative einen ersten Schritt für die Verbesserung der Verkehrssituation und Sicherheit herbeizuführen.

Wir sind das Volk, was wir brauchen, was wir wollen und was wir bezahlen ist unser Entscheid.

*Für das Initiativkomitee
Patrik Schaller, Generalrat Düdingen*

Generalrat

JA!

Am 9. Juni

Impressum

Herausgeber:
FDP Sense, www.fdp-sense.ch

Redaktion:
info@fdp-sense.ch

Inserate:
fschneider55@bluewin.ch

Gestaltung und Druck:
Sensia AG, 3186 Düdingen

Erscheinungsweise und Verbreitung:
Erscheint 2 bis 3 mal pro Jahr in einer Auflage von 22 300 Ex. Geht an alle Haushaltungen im Sensebezirk.